



nd-Solidaritätsaktion

Drei Hilfsorganisationen stellen ihre Projekte vor. **8 Seiten extra**

Kulturhauptstädte 2017

Aarhus und Pafos – mit wenig Geld und viel Elan zu neuem Ruhm. **Seite 3**

Sonderbare Allianzen

Heute in unserer Serie »Den Linken auf der Spur«: Wie Ministerpräsident Fico und seine sozialdemokratische Smer die Slowakei verändert haben. **Seite 2**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Foto: dpa/Olivier Hoslet

Donnerstag, 12. Januar 2017

72. Jahrgang/Nr. 10 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein viel zu kleiner Schritt

Fabian Lambeck über ein Gesetz, das Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen wird

Der erste Entwurf zum »Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern« war bereits im Dezember 2015 fertig. Seitdem stritten die Koalitionäre über das Vorhaben. Zu groß sei der bürokratische Aufwand für die Wirtschaft, hieß es aus dem Kanzleramt. Offenbar störte man sich zudem am Begriff Lohngerechtigkeit: Der aktuelle Entwurf will nur noch die »Transparenz von Entgeltstrukturen« fördern. Tatsächlich fördert die Bundesregierung mehr, als sie fordert. Denn man will die Wirtschaft nicht überfordern. So bleiben kleinere Betriebe mit weniger als 200 Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen außen vor. Auch verpflichtende Vergleichsverfahren erspart man den Firmen.

Nicht nur weil es zahnlos ist, wird das Gesetz verpuffen. Denn Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind vor allem struktureller Natur. Viele Frauen stecken in der Teilzeitfalle, weil sie nach einer kinderbedingten Auszeit keine Vollzeitstellen mehr bekommen. Dahinter steckt auch die alte, vor allem im Westen verbreitete Vorstellung, wonach sich Frauen zu Hause um die Kinder kümmern sollten. Das zeigt auch der Umstand, dass die Lohnlücke im Osten nicht so groß ist. Hier sind voll erwerbstätige Frauen seit vielen Jahrzehnten der Normalfall. Auch an dem Umstand, dass Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, oft schlechter entlohnt sind, wird das Gesetz nichts ändern. Es ist ein viel zu kleiner Schritt in die richtige Richtung.

UNTEN LINKS

Nach der FIFA-Entscheidung, die WM ab 2026 mit 48 statt 32 Mannschaften auszutragen, fürchtet die Fußballwelt um den Fortbestand eines uralten Kulturguts: Das Unentschieden scheint ausgedient zu haben. In den künftigen Dreiergruppen wäre andernfalls nicht nur das Risiko eines Gleichstandes am Ende der Vorrunde erhöht, auch der Verdacht unerlaubter Absprachen zwischen den beiden Gegnern des letzten Spiels zu Lasten des dritten stiege ins Unermessliche. Notorische Zauderer, Kompromissler und andere Freunde des unklaren Ausgangs tröstet die FIFA aber mit ihrer eigenen Unentschiedenheit über den Abschiedsschmerz hinweg: Auf welche Weise der Sieger eines Spiels ermittelt werden soll, ist nämlich bis auf Weiteres unklar. Reizvoller als die bislang diskutierten Varianten – etwa das zwingende Elfmeterschießen – wäre eine Schachpartie zwischen den Mannschaftskapitänen. Ohne Patt und Remis. Und auf Spielbrettern mit 96 statt 64 Feldern. *mha*

Klirrende Demokratie

Nazis terrorisieren seit Monaten eine Chemnitzer Abgeordnete der Linkspartei

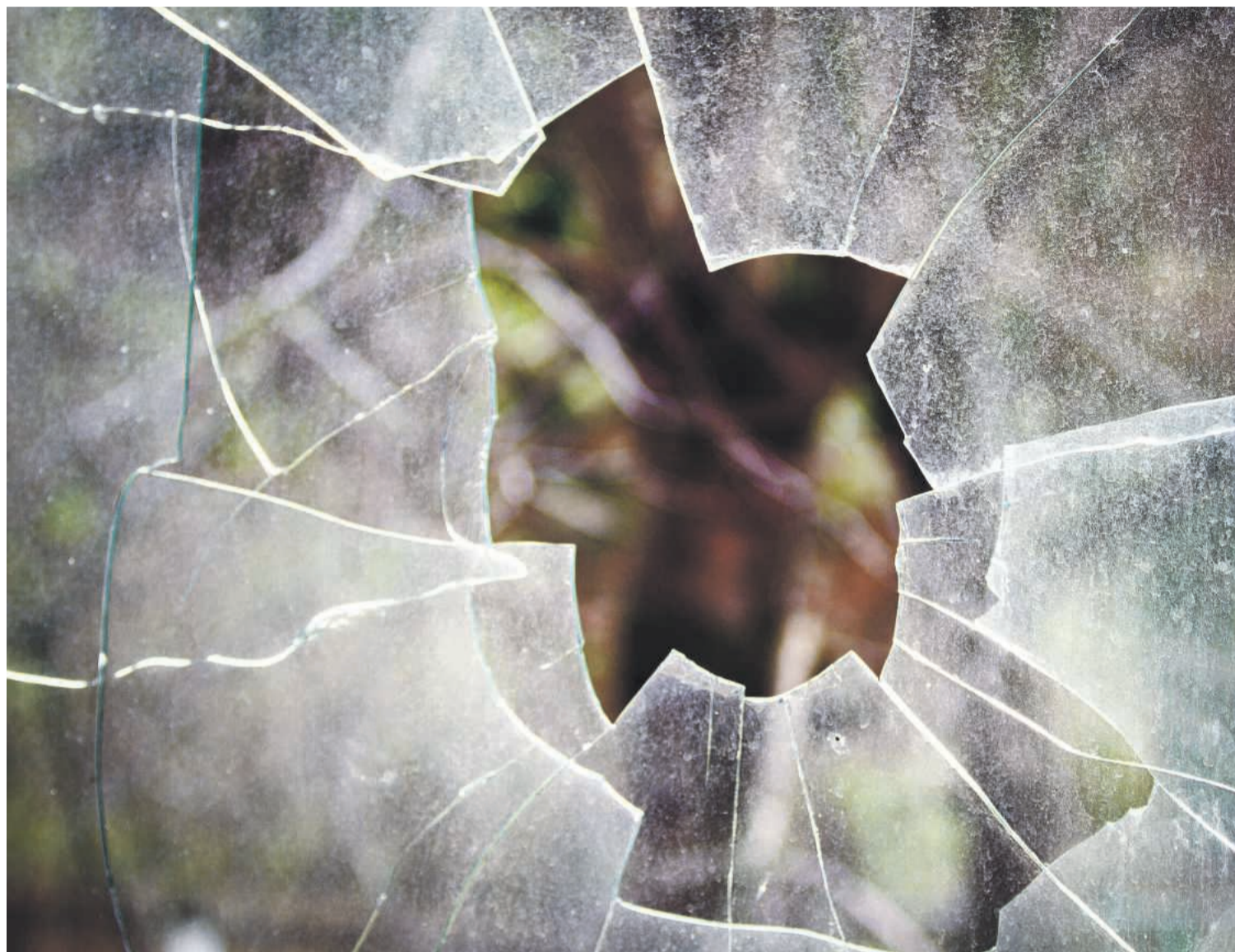


Foto: photocase/birdys

Berlin. »Ich wollte vor Ort sein, ich wollte an die Leute ran und ansprechbar sein«, erklärt Susanne Schaper, Abgeordnete der Linkspartei im sächsischen Landtag, gegenüber nd-Korrespondent Hendrik Lasch. Dass Schaper von »wollte« spricht, liegt nicht etwa daran, dass sie es sich anders überlegt hätte. Für die Linkspolitikerin ist es im Augenblick unmöglich, neue Büroräume im Chemnitzer Stadtteil Sonnenberg zu finden. 22 Nazi-Anschläge in 17 Monaten auf die Räumlichkeiten – zuletzt eingeworfene Scheiben und ein an die Wand geschmiertes Hakenkreuz – waren dem alten Vermieter am Ende zu viel und schre-

cken offensichtlich die anderen ab, an Schaper zu vermieten. Dass die Angriffe auch auf ein neues Büro weitergehen würden, ist dabei eine durchaus realistische Einschätzung. Denn in dem Viertel existiert eine organisierte Naziszene, die nicht mit Aktionen geizt. Allein von Januar 2014 bis November 2016 wurden dort laut Innenministerium 75 rechte Straftaten registriert.

»Wenn das Schulle macht und gewählte Abgeordnete straflos vertrieben werden dürfen, dann ist es mit der Demokratie bald vorbei«, erklärt Ralf Hron, Chef des DGB in Südwestsachsen, dessen Hauptsitz sich ebenfalls auf

dem Sonnenberg befindet. Hron beklagt insbesondere, dass weder bei den Sicherheitsbehörden noch in der Stadtverwaltung »ein größerer Aufstand« zu vernehmen sei.

Tatsächlich hält sich die Empörung – gerade bei Politikern, die sonst schnell nach Gesetzesverschärfungen und der harten staatlichen Hand rufen – generell sehr in Grenzen, wenn es um Angriffe gegen demokratische Abgeordnete geht. Oder haben Sie etwa mitbekommen, dass Horst Seehofer und die Seinen angesichts von bundesweit über 450 Attacken in den Jahren 2010 bis 2015 irgendwelche Forderungen gestellt hätten? *mdr Seite 5*

Auskunftsrecht soll Frauen helfen

Bundeskabinett verabschiedet Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit

Für die Ministerin ist ihr Entwurf ein »wichtiges Gesetz für die Schließung der Lohnlücke«, für die Opposition nur ein »zahnloser Tiger«. **Tatsächlich bleibt er vieles schuldig.**

Von Fabian Lambeck

Nach langen Diskussionen und vielen »Korrekturen« hat das Bundeskabinett am Mittwoch einen Gesetzentwurf verabschiedet, der für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sorgen soll. Zumindest hofft die federführende Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) auf eine entsprechende Wirkung. Die Ministerin erklärte ihren Entwurf am Mittwoch zu einem »Meilenstein auf dem Weg zur Gleichstellung zwischen Mann und Frau«. Sie verwies auf die bestehende Lohnlücke von 21 Prozent und unterstrich: »Deshalb brauchen wir dieses Gesetz.«

Zukünftig sollen Frauen in Unternehmen ab 200 Beschäftigten Auskunft darüber verlangen können, welchen Lohn dort Männer für eine gleichartige Tätigkeit erhalten. Private Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten »werden aufgefordert«, ihre Entgeltstrukturen »auf die Einhaltung der Entgeltgleichheit zu überprüfen«. Zudem sollen sie »regelmäßig über Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit berichten«. Nach Berechnungen des Familienministeriums beträfen die Regelungen rund die Hälfte aller berufstätigen Frauen.

Schwesig räumte zugleich ein, dass ihr Gesetz die wichtigste Ursache der Lohnungleichheit nicht beseitigen werde. Tatsächlich steckten viele Mütter in einer »Teilzeitfalle«, weil sie nach einer kindbedingten Pause im Beruf oft kürzer treten würden. Deshalb soll das Gesetz Teil einer Gesamtstrategie sein, zu der auch ein Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit ge-

hören soll. Aber auch wenn man Teilzeit und die Tatsache berücksichtigt, dass besonders viele Frauen in Niedriglohnbranchen arbeiten, beträgt die Lohnlücke nach Angaben des Ministeriums immer noch sieben Prozent.

»Transparenz alleine reicht nicht.«

Cornelia Möhring, LINKE

Für die frauenpolitische Sprecherin der Linksfraction, Cornelia Möhring, ist das Gesetz ein »zahnloser Tiger«. Transparenz alleine reiche nicht, so Möhring, »um die verkrusteten sexistischen Strukturen in der Arbeitswelt aufzubrechen«. Die Linkspolitikerin forderte »klare Lohnprüfinstrumente und vor allem Mechanismen zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit bei einer festge-

stellten Diskriminierung«. Tatsächlich sieht der Entwurf keine Sanktionen vor.

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer zeigte sich am Mittwoch erleichtert, dass am Gesetzentwurf »zahlreiche Verbesserungen« im Sinne seiner Firmen erreicht worden seien. Tatsächlich steckte der Entwurf lange fest, weil das Kanzleramt sich querstellte. Angela Merkel fürchtete »übermäßige bürokratische Belastungen der Unternehmen«, wie die »Frankfurter Allgemeine« im Frühsommer 2016 kolportierte. Widerstand kam auch von der Unionsfraktion im Bundestag, die bis zuletzt gegen das Gesetz Front machte. Erst nach vielen Zugeständnissen konnte Schwesig ihren Entwurf dem Kabinett vorlegen. Doch ganz zufrieden ist Arbeitgeberchef Kramer immer noch nicht. Der Entwurf sei »bürokratisch und erreichte nicht das Ziel, bessere Karrierechancen für Frauen zu schaffen.«

Obama fordert: Raus aus der Blase

Scheidender US-Präsident plädiert für Zusammenhalt und Offenheit

Washington. Mit einem Aufruf zur Geschlossenheit hat sich US-Präsident Barack Obama von seinen Landsleuten verabschiedet. Die Demokratie in den USA sei nur dann funktionsfähig, wenn alle Bürger, »unabhängig von unserer Parteizugehörigkeit oder unserem spezifischen Interesse, dazu beitragen, das Bewusstsein einer gemeinsamen Bestimmung wiederherzustellen«, sagte Obama am Dienstagabend (Ortszeit) in seiner Abschiedsrede in Chicago.

Obama forderte Respekt für Andersdenkende. Der gesellschaftliche Zusammenhalt werde zersetzt, wenn Bürger, die eine andere Meinung hätten, »nicht bloß als fehlgeleitet, sondern als irgendwie bössartig« betrachtet würden. Er nannte es einen gefährlichen Trend, dass sich die Menschen in ihre jeweiligen »Blasen«, also abgeschlossenen Lebens- und Wahrnehmungswelten, zurückzögen. Wenn die Bürger keine Informationen mehr akzeptierten, die nicht zu ihrer Meinung passen, würden Konsens und Kompromiss unmöglich. *AFP/nd*

Seiten 4 und 7

Polens Parlament politisch gelähmt

Oppositionspolitiker halten weiter den Sejm in Warschau besetzt

Warschau. Die seit Wochen andauernde politische Krise lähmt die Arbeit des polnischen Parlaments. Der Beginn der ersten regulären Sitzung des Sejm in Warschau seit Beginn der Proteste verzögerte sich am Mittwoch zunächst auf unbestimmte Zeit. Auf der Suche nach einem Kompromiss erwogen die nationalkonservative Regierung sowie die demonstrierende Opposition, die Sitzung um eine Woche zu vertagen. Aus Protest gegen die Regierung halten Oppositionspolitiker den Plenarsaal des Parlaments in der polnischen Hauptstadt bereits seit dem 16. Dezember besetzt.

Damit demonstrieren die Oppositionellen gegen die ihrer Meinung nach unrechtmäßige Verabschiedung des Haushalts 2017. Das Budgetgesetz war wegen ihrer Protestaktion in einem Nebensaal verabschiedet worden. Auslöser des aktuellen Streits waren – inzwischen aufgegebene – Pläne der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit PiS, die Medienberichterstattung im Parlament einzuschränken. *dpa/nd*

Seite 8

Marokko verbietet Verkauf von Burkas

Sicherheitserwägungen werden als Grund der Maßnahme genannt

Rabat. Während Europa über ein Burka-Verbot streitet, hat Marokko den Verkauf, die Herstellung und den Import des islamischen Ganzkörperschleiers verboten.

Die Anordnung sei den Händlern in dem nordafrikanischen Land am Montag mit einer 48-Stunden-Frist mitgeteilt worden, berichtete der französische Auslandssender RFI am Mittwoch. Als Grund wurden nach Angaben des marokkanischen Nachrichtenportals Le360 Sicherheitserwägungen genannt. Die Burka sei für Verbrechen genutzt worden, hieß es demnach aus Kreisen des Innenministeriums. Ob den Frauen auch das Tragen des Ganzkörperschleiers verboten werden soll, blieb unklar.

Die marokkanische Feministin Najwa Boukouss plädierte für ein generelles Verbot der Burka: »Sie ist eine Bedrohung unserer Sicherheit, sie ist eine Bedrohung unseres Respekts.« Die frühere Frauenministerin Nouzha Skalli bezeichnete das Verkaufsverbot als wichtigen Schritt im Kampf gegen religiösen Extremismus. *epd/nd*

ISSN 0323-3375



4 198662 501709